

NACHRICHTEN

Veri spielt am Comedy-Festival

KLEINTHEATER red. «Lozärn lacht», das grösste Comedy-Festival Luzerns, bietet vom 4. bis 9. November sechs Shows mit Komik jeder Art im Kleintheater. Auftreten werden etwa der Emmer Veri, die Wilden Weiber, Chris Tall sowie El Mago Masin.
www.kleintheater.ch

«Ultra» – Theater der anderen Art

KLEINTHEATER Die Geschwister Nina und Luca Langensand haben zusammen mit Orpheo Carcano und Thomas Köppel das Theaterprojekt «Ultra» entwickelt und zeigten gestern Abend im Kleintheater Luzern das gleichnamige Stück dem Premierpublikum. Luca Langensand ist Jurist und leidenschaftlicher Fan des HC Ambri-Piotta. Die Leidenschaft seiner Schwester gehört der Schauspielerei und der bildenden Kunst. In «Ultra» führen die beiden wie zufällig entstehende Gespräche über ihr Suchen nach Sinn und Hingabe. Fragmente aus der gemeinsamen Kindheit wie der Film vom 60. Geburtstag ihrer Grossmutter oder Erzählungen von den Skiferien in Arosa untermauern ihre Verbundenheit. Im Kontrast dazu finden auch Konflikte und gegenseitige Verständnisprobleme ihren Platz.

Auszeichnung vom Kanton

«Ultra» ist ein Stück, das von normalem Theater weit entfernt ist. Erwartungen an eine erzählte Geschichte müssen über Bord geworfen werden, dafür erlebt der Zuschauer starke Momente, die mit künstlich auferlegten Dialogen nichts zu tun haben. Dabei sitzt das Publikum wie in einem Stadion rund um die Bühne und schaut dem Wirken der Protagonisten von oben zu. Die freie Theatergruppe Ultra wurde 2012 für das Konzept dieses Stücks mit dem Werkbeitrag von Stadt und Kanton Luzern ausgezeichnet.

YVONNE IMBACH
stadt@luzernerzeitung.ch

GRATULATION

85. Geburtstag

REUSSBÜHL Heute feiert **Maria Hiltbrunner-Zangger** in der Staldenhöhe 32 in Reussbühl ihren 85. Geburtstag. Wir gratulieren herzlich und wünschen alles Gute.

«Alkoholverbot bringt nichts»

LUZERN Wer auf gewissen öffentlichen Plätzen Alkohol trinkt, soll gebüsst werden können. Diese Idee der CVP erregte an einer Podiumsdiskussion gestern die Gemüter.

LENA BERGER
lena.berger@luzernerzeitung.ch

Schlägereien, Nachtruhestörung, Littering: Diesen Problemen will CVP-Kantonsrat **Pius Zänglerle** einen Riegel verschieben. Per Motion fordert er – zusammen mit Parteikollegen wie **Norbert Schmassmann**, Vertretern von SVP und FDP sowie GLP-Kantonsrat **Ralph Hess** –, dass ein Gesetz geschaffen wird, das es ermöglicht, den Konsum, den Verkauf und das offene Mitführen von Alkohol auf bestimmten Plätzen zu verbieten (Ausgabe vom 28. November 2012).

Der Luzerner Regierungsrat hat den Vorstoss noch nicht beantwortet. Dennoch sorgt der Vorschlag für Zündstoff, wie sich an einer Podiumsdiskussion gestern im Kulturzentrum Treibhaus zeigte. Das Jugendparlament der Stadt Luzern hatte zusammen mit dem Verein Gewaltlos.ch zum Gespräch geladen. Neben Schmassmann und Hess nahmen der städtische Sicherheitsdirektor **Adrian Borgula** (Grüne) sowie Vertreter aller Jungparteien teil. Die im Nachleben aktiven Sicherheitskräfte wurden vertreten von **Daniel Fellmann**, dem Leiter der Jugendpolizei, und **Anton Häfliger**, dem Leiter der städtischen Einsatzgruppe Sicherheit, Prävention, Intervention (SIP). Ebenfalls mit dabei war der Rapper **Kutti MC**.

Betrunkene Pöbler in der Mehrzahl?

Ralph Hess, der die Motion mitunterzeichnete, machte von Beginn weg klar, dass für ihn ein Alkoholverbot die Ultima Ratio darstellt. «Gerade ältere Leute fühlen sich abends in Luzern unwohl – weil betrunzene Pöbler überhandgenommen haben. Natürlich ist es schade, dass wir zu solchen Mitteln greifen müssen, aber wir haben keine Alternativen mehr. Es muss jetzt etwas passieren.»

Unterstützung erhielt er von CVP-Kantonsrat Schmassmann, aber auch aus dem Publikum. «Wenn man nachts in der Stadt das Partyvolk durch die Strassen ziehen hört, kann einem angst und bange werden», sagte etwa eine ältere Frau. «Den Alkohol sollte man nicht bagatellisieren, die Geschäfte am Bahnhof aber schmeissen ihn den Jugendlichen praktisch nach.» Und eine



Jugendliche, die in der Öffentlichkeit Alkohol trinken, sind insbesondere der CVP ein Dorn im Auge.
Bild Nadia Schärli

«Die ausgelösten Erwartungen könnten nicht erfüllt werden.»

ADRIAN BORGULA,
SICHERHEITSDIREKTOR STADT

«Wir haben keine Alternativen mehr. Es muss etwas passieren.»

RALPH HESS,
KANTONSRAT GLP

«Wir haben zu wenig Ressourcen, um ein solches Verbot durchzusetzen.»

DANIEL FELLMANN,
LEITER JUGENDPOLIZEI

andere Frau aus dem Publikum meinte: «Wer hätte vor zehn Jahren noch gedacht, dass eines Tages in Italien das Rauchen im öffentlichen Raum abgeschafft würde? Also mich schreckt die Vorstellung nicht, dass man das auch mit Alkohol macht.»

Jungparteien geschlossen dagegen

Ganz anders sahen dies die Vertreter der Jungparteien «Ein Alkoholverbot bringt nichts», sagten sie unisono. Als es allerdings um die Frage ging, wie man die Probleme sonst lösen könnte, war es mit der Einigkeit vorbei. **Laurin Murer** (Junge Grüne) etwa war der Meinung, man müsse den Jugendlichen

Alternativen zum Rumlungern bieten. **Alexander Kares** von der JSVP hingegen meinte, man solle auf Abschreckung setzen und diejenigen «hart drannehmen», die sich nicht im Griff haben.

Praktische Probleme bei der Umsetzung eines Alkoholverbots auf bestimmten Plätzen sah SIP-Leiter Anton Häfliger auf sich zukommen. «Es hat sich schon gezeigt, dass sich der Drogenhandel in private Hinterhöfe verlagert, wenn die Kontrollen am Bahnhof erhöht werden. Dasselbe würde wohl bei einem Alkoholverbot passieren.» Auch der Polizist Daniel Fellmann äusserte Bedenken. «Werden die Verbotgebiete zu klein definiert, droht eine Verlagerung. Sind

sie zu gross, sinkt die Akzeptanz in der Bevölkerung. Die Polizei hat zudem zu wenig Ressourcen, um ein solches Verbot durchzusetzen. Das ist bekannt.»

Stadtrat lehnt die Idee klar ab

Der öffentliche Raum sei für alle da, betonte dazu Sicherheitsdirektor Adrian Borgula. «Leute, die es sich nicht leisten können, in eine Beiz zu gehen, haben das Recht, sich im öffentlichen Raum zu treffen.» Ein Verbot sei in der Praxis kaum umsetzbar. «Die mit einem solchen Gesetz ausgelösten Erwartungen könnten nicht erfüllt werden.» Das schaffe einen Nährboden für Kritik an der Arbeit der Sicherheitskräfte.

Grünes Licht für Ausländer-Mitspracherecht

VOLKSMOTION Ausländer sollen mehr Rechte bei der politischen Mitsprache erhalten. Mitte-links findet es gut – die CVP will aber die Hürde höher setzen.

Volksmotionen sind in der Stadt Luzern bisher einzig den Stimmbürgern vorenthalten. Mit 100 Unterschriften können sie ein Anliegen ins Parlament bringen, wo die Politiker sich dann zwingend damit auseinandersetzen müssen. Jetzt aber soll dieses Instrument überarbeitet werden. Aufgrund eines Vorstosses der Grünen vor zwei Jahren hat der Stadtrat einen entsprechenden Vorschlag erarbeitet (Ausgabe vom Dienstag). Die wichtigsten Änderungen:

- Neu dürfen auch in Luzern wohnhafte Ausländer mit einer C-Bewilligung eine Volksmotion lancieren und unterschreiben.
- Um kein übergeordnetes Recht zu verletzen, wird dieses politische Instrument neu geregelt und erhält einen neuen Namen: Bevölkerungsantrag.

SVP und FDP sind dagegen

Bevor es aber so weit ist, müssen das Stadtluzerner Parlament und später das Stimmvolk über die neue Art der Volksmotion entscheiden. Bereits jetzt kann

man sagen, dass das Geschäft die erste Hürde wohl nehmen wird. Das zeigt eine Umfrage bei den Fraktionen. FDP und SVP sind zwar klar dagegen; sie haben gemeinsam aber bloss 16 der 48 Parlamentssitze. Und alle anderen Fraktionen stellen sich hinter den Vorschlag des Stadtrats. «Wir begrüssen das sehr. Schliesslich setzen wir uns schon lange für die bessere Mitsprache von gut integrierten Ausländern ein», sagt etwa Nico von der Heiden, SP/Juso-Fraktionschef. Unterstützung erhält er von **András Özvegyi** (GLP): «Diese Geste ist vorbildlich integrativ und zeigt in Ansätzen, wie die Demokratie aufgebaut ist und funktioniert.»

Deutsch als Voraussetzung

Katharina Hubacher (Grüne), die mit ihrem Vorstoss die Anpassung lanciert hat, sagt: «Menschen, die schon länger hier leben, sollen auch die Möglichkeit erhalten, die Politik mitzugestalten.» Schliesslich müsse man, um den C-Ausweis zu erhalten, einige Jahre in der Schweiz gelebt haben und Deutsch können.

Katharina Hubacher verweist darauf, dass Volksmotionen – oder künftige Bevölkerungsanträge – meist von einer betroffenen Gruppe, von Eltern oder aus einem Quartier kommen. «Da ist es doch wünschenswert, wenn sich die engagierten Personen politisch einbringen können – unabhängig davon, ob sie ein Stimmrecht haben oder nicht.» Aus-

länder könnten so den Wert der direkten Demokratie erfahren.

Vorbild: Kinderparlament

Daran hat die CVP nichts auszusetzen. «Es steht einer weltoffenen Stadt gut an, Ausländern mit einer Niederlassungsbewilligung, die einen Beitrag zu unserem Staatswesen leisten möchten, dies



«Diese Geste ist vorbildlich integrativ.»

ANDRÁS ÖZVEGYI,
FRAKTIONSCHEF GLP

zu ermöglichen», sagt Grosstadtrat Albert Schwarzenbach. Er zitiert das Beispiel des Kinder- und Jugendparlaments. Auch dieses darf politische Inputs in den Grosse Stadtrat einbringen. Und dies, obwohl die Mitglieder nicht stimmberechtigt sind. «So kommen immer wieder neue Themen auf die politische Agenda.»

Ganz einverstanden ist die CVP mit dem Vorschlag des Stadtrats aber nicht. Denn dieser will die benötigten Unterschriften für einen Bevölkerungsantrag bei 100 belassen. Die Mittepartei dagegen plädiert für eine Erhöhung auf 200. «Damit wird die Ernsthaftigkeit des Vorstosses betont», sagt Schwarzenbach. In Kriens, das die Volksmotion auch kennt, seien heute ebenfalls 200 Unterschriften notwendig, und die Gemeinde besitze nur ein Drittel so viele Einwohner wie die Stadt. In der Stadt Luzern würden von einer Ausweitung die mehr als 9000 Personen mit dem C-Ausweis profitieren.

Erster Versuch ist gescheitert

Ob die CVP mit ihrem Vorschlag Erfolg haben wird, ist jedoch höchst fraglich. Denn erst vor wenigen Jahren beantragte der Stadtrat beim Parlament, die Zahl der benötigten Unterschriften von 100 auf 120 anzuheben. Dies geschah im Zuge der Fusionsabklärungen mit Littau. Das Anliegen hatte damals keine Chance. Kommt hinzu, dass CVP-Präsident Ivo Bühler letzte Woche einen ähnlichen Vorschlag im Zusammenhang mit Volksinitiativen gemacht hat (Ausgabe vom 9. Oktober). Sein Anliegen, die dafür nötige Zahl in der Stadt von 800 auf 1500 anzuheben, ist bei den anderen Fraktionen nicht gut angekommen.

STEFAN ROSCHI
stefan.roschi@luzernerzeitung.ch

NEUE LUZERNER ZEITUNG
IMPRESSUM

Herausgeberin: Neue Luzerner Zeitung AG, Maihofstrasse 76, Luzern. Verleger Erwin Bachmann, Präsident des Verwaltungsrates, E-Mail: leitung@lzmmedi.ch

Verlag: Jürg Weber, Geschäfts- und Verlagsleiter; Ueli Kaltenrieder, Lesermarkt; Bruno Heggin, Werbemarkt; Edi Leddegger, Anzeigenmarkt.

Ombudsmann: Andreas Z'Graggen, andreas.zgraggen@luzernerzeitung.ch

Redaktionsleitung Neue Luzerner Zeitung und Regionalausgaben: Chefredaktor: Thomas Bornhauser (TbB); Stv. Chefredaktoren: Jérôme Martinu (jem, Leiter regionale Ressorts/Reporterpool, Dominik Buholzer (bu, Leiter Zentralschweiz am Sonntag und überregionale Ressorts); Gruppe Gesellschaft und Kultur: Arno Renggli (are), Sport: Andreas Ineichen (ain); Leiter Gestaltung, Bild und Illustration: Loris Succo (ls); Visueller Blattmacher: Sven Gallinelli (sgl); Stadt/Region: Benno Mattli (bem); Nelly Keune (ny, Leiterin Markt/Wirtschaft); Online: Robert Bachmann (bac).

Dienstchef: Nathalie Ehrenzweig (nez).

Ressortleiter: Politik: Kari Kälin (kä, Schweiz), Lukas Scharpf (slu, Ausland); Newsdesk: Pascal Imbach (pi); Stadt/Region: Benno Mattli (bem); Kanton Luzern: Lukas Nussbaumer (nus); Sport/Journal: René Leupi (le); Kultur: Arno Renggli (are); Piazza: Hans Graber (hag); Dossier: Flurina Valsecchi (flu); Services/Apero: Natalie Ehrenzweig (nez); Foto/Bild: Lene Horn (LH).

Adresse und Telefonnummern: Maihofstrasse 76, Postfach 3359, 6002 Luzern.
Redaktion: Telefon 041 429 51 51, Fax 041 429 51 81, E-Mail: redaktion@luzernerzeitung.ch
Abonnemente und Zustelldienst: Telefon 041 429 53 53, Fax 429 53 83, E-Mail: abo@lzmmedi.ch
Billetterverkauf: Tel. 0900 000 299 (60 Rp./Min.).

Anzeigen: Publicitas AG, LZ Corner, Pilatusstrasse 12, 6003 Luzern, Telefon 041 227 56 56, Fax 041 227 56 57, Inserate online aufgeben: www.publicitas.ch Postadresse: Publicitas AG, Maihofstrasse 76, 6002 Luzern.

Technischer Kundendienst Anzeigen: Telefon 041 227 56 56. Für Todesanzeigen an Sonn- und Feiertagen (bis 16 Uhr): E-Mail: inserte@lzmmedi.ch oder Fax 041 429 51 46.

Auflage: 118 924 Exemplare (Wemf-beglaubigte Gesamtauflage).
Abonnementspreis: 12 Monate Fr. 424.–/6 Monate Fr. 220.– (inkl. 2,5% MWST).

Technische Herstellung: Neue Luzerner Zeitung AG, Maihofstr. 76, Postfach, 6002 Luzern, Tel. 041 429 52 52, Fax 041 429 52 89. Die irgendetwas geartete Verwertung von in diesem Titel abgedruckten Anzeigen oder Teilen davon, insbesondere durch Einspeisung in einen Online-Dienst, durch dazu nicht autorisierte Dritte ist untersagt. Jeder Verstoß wird gerichtlich verfolgt.